

Deutsche Bischöfe: Sorge um die Landwirtschaft

Nachdem die deutschen Bischöfe auf ihrer Herbstvollversammlung ein Wort zur Lage der Landwirtschaft verabschiedeten (vgl. HK, November 1989, 493 f.), veröffentlichte Anfang November die Kommission für gesellschaftliche und sozial-caritative Fragen der Deutschen Bischofskonferenz (ihr Vorsitzender ist Bischof *Josef Homeyer* von Hildesheim) ihrerseits eine ergänzende, ausführlichere Stellungnahme zum selben Thema unter dem Titel „Landwirtschaft in schwerer Zeit – Orientierungen“ (Hirtenwort und Kommissionserklärung sind zusammen als Nummer 44 in der vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz herausgegebenen Schriftenreihe „Die Deutschen Bischöfe“ erschienen). Während es sich bei dem Wort der Bischöfe um ein allgemeiner gehaltenes Hirten Schreiben handelt, enthält das Kommissionspapier eine stärker analytische Darstellung politischer Abwägungen zwischen konkurrierenden agrarpolitischen Gesichtspunkten, Interessen und Werten.

Nahrungsproduktion und Pflege der Kulturlandschaft

In beiden Texten aber möchten die Bischöfe Denkanstöße geben für eine *ganzheitliche, d. h. verschiedenste Handlungsfelder miteinbeziehende Neuorientierung der Agrarpolitik* bzw. anderer, den ländlichen Raum betreffenden Politikbereiche, von der Sozial- über die Arbeitsmarkt- bis zur Bildungspolitik, u. a. m. Einer vor allem auf die Steigerung von Produktionsmengen ausgerichteten Landwirtschaft, die sich aus verschiedenen ökonomischen wie ökologischen Gründen als unzureichend erwiesen habe, sollen Perspektiven für einen Strukturwandel eröffnet werden, der sowohl die ange-

strebten ökonomischen und ökologischen Ziele stützt, zugleich aber auch der betroffenen ländlichen Bevölkerung ausreichende Lebens- und Verdienstmöglichkeiten bietet.

Im Mittelpunkt des Wortes der deutschen Bischöfe steht zum einen die Feststellung, daß sich die Landwirtschaft in einem strukturellen Wandlungsprozeß befindet. Sowohl was die weitere Verringerung der Zahl an landwirtschaftlichen Betrieben als auch die Umstellung der Produktions- und Leistungsziele und -methoden angeht, wird dieser Wandel von den Bischöfen in seiner Tragweite nicht verniedlicht oder gar als vermeidbar hingestellt. Zugleich versuchen sie, resignativen Tendenzen entgegenzuwirken. Zum zweiten stellen sie klar, daß sich dieser Wandel weder seinen sachlichen Zielen nach noch zum Wohl der Betroffenen dadurch erreichen lasse, daß man allein auf die *Kräfte des Marktes* vertraue.

Auch müsse neben der Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln auch die *Pflege der Kulturlandschaft* als Leistung der Landwirtschaft im Wirtschaftsdenken Berücksichtigung finden. Damit zielen die Bischöfe sowohl auf die nötige Umweltverträglichkeit der landwirtschaftlichen Produktion wie auf den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Vor allem letzterer stelle eine Leistung dar, für die die Landwirte auch eine angemessene Vergütung erhalten müßten.

Um einer weiteren Abwanderung aus dem ländlichen Raum entgegenzuwirken, fordern die Bischöfe sowohl eine verstärkte *regionale Wirtschaftspolitik* zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum als auch eine Agrarpolitik, die möglichst vielen Familienbetrieben eine ausreichende wirtschaftliche Grundlage bietet. Außerdem setzen sie sich für den

Erhalt der dörflichen Gemeinschaft und Kultur ein sowie für eine angemessene Alterssicherung der ländlichen Bevölkerung.

Im Vergleich zum Bischofswort widmet sich die Erklärung der Kommission stärker der konkreten Auseinandersetzung um agrarpolitische Lösungsansätze. Der Text setzt sich im wesentlichen aus zwei Teilen zusammen: einer breiter angelegten Situationsanalyse und 15 Thesen zu agrarpolitischen Grundsatzfragen. In einem zusammenfassenden Schlußteil wird auch die besondere Verantwortung des Christen für die Bewahrung der Schöpfung angesprochen.

Im Mittelpunkt steht in diesem Text der Versuch, vielfach zu hörende Empfehlungen und Forderungen zur Agrarpolitik zu konkretisieren und auf ihre Realisierungsmöglichkeiten hin zu prüfen: vor allem die Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebs, die Berücksichtigung des Natur-, Boden-, Landschafts- und Verbraucherschutzes, die Anerkennung landschaftspflegerischer Leistungen der Bauern, der Abbau von Produktionsüberschüssen und die Reduzierung der Marktordnungskosten, die Schaffung gewerblicher Arbeitsplätze sowie eine infrastrukturelle Förderung des ländlichen Raums insgesamt.

Bei der vergleichenden Analyse verschiedener agrarpolitischer Lösungskonzepte spricht sich die Kommission für eine *Bündelung koordinierter Einzelmaßnahmen* aus. Zum Abbau der Überschussproduktion bewirkten – so die Kommission – *Preissenkungen* mit staatlichen Ausgleichszahlungen in Abhängigkeit von Produktionsmengen nicht notwendigerweise einen mengendämpfenden Effekt. Eine bremsende Wirkung hätten Preissenkungen nur in Verbindung mit produktionsunabhängigen direkten Einkommensübertragungen. Auch *Produktionsschwellen* mit entsprechenden gestuften Preiskürzungen zeigten keine wirklich durchgreifende Wirkung. Demgegenüber seien Ausgleichszahlungen für *Flächenstillegung*, *Extensivierung* und *Umstellung* schon deshalb weniger problematisch, weil sie sich an klare Kriterien knüpfen lie-

ßen. Als Zielvorstellung empfiehlt die Bischofskommission: „Je weniger staatliche Subventionszahlungen ohne Gegenleistung zur Stützung der landwirtschaftlichen Einkommen notwendig und je niedriger die Ausgaben für Agrarmarktordnungen sind, um so besser ist es für alle Seiten.“

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe weiter verringern

Die angestrebte Verringerung der Produktionsintensität könne auch indirekt Folgewirkung von Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes sein. Außerdem biete sich als möglicher Weg auch die Produktionsaufgabereinteilung für ältere Landwirte bei Kleinbetrieben an. Neben solchen Maßnahmen, die die Aufgabe bzw. den Verzicht auf landwirtschaftliche Tätigkeit begünstigen sollen, könne eine nationale Agrarpolitik jedoch von ihrer zentralen Aufgabe nicht dispensiert werden, nämlich die Existenz möglichst vieler Betriebe positiv zu sichern.

Kennzeichnend für das Kommissionspapier ist ein betonter *Realismus* bei der Einschätzung verschiedener, gegenwärtig diskutierter Möglichkeiten zum Erhalt landwirtschaftlicher Betriebe. So sehr man sich einerseits für den Erhalt von möglichst vielen von ihnen einsetzt, so wird doch andererseits nicht verschwiegen, daß eine weitere Verringerung der Zahl an Betrieben unerlässlich und eine rasche Verminderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten vieler Betriebe nicht in Sicht sei. Trotz der verschlechterten außerlandwirtschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten im ländlichen Raum wird in dem Zusammenhang auf die große Bedeutung der Zu- und Nebenerwerbsbetriebe für eine gesunde Agrarstruktur verwiesen.

Realistisch gibt sich die Kommission auch bei der Beurteilung von Entwicklungschancen bei denkbaren Alternativen zur herkömmlichen Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln. Die Bedeutung der sich gegenwärtig eröffnenden *Marktmöglichkeiten* dürfe nicht überschätzt werden; so besitze der *alterna-*

tive Landbau bisher nur einen marginalen Stellenwert. Auffallend ausführlich werden einerseits neuere Methoden zur Erzeugung *nachwachsender Industrie- und Energierohstoffe* als ein möglicherweise in Zukunft zu erschließendes Produktionsfeld der Landwirtschaft vorgestellt. Andererseits warnt man sofort auch vor zuviel Euphorie und vor der Hoffnung auf schnelle Lösungen auf diesem Gebiet. Im übrigen wird die Frage aufgeworfen, ob eine denkbare Verwendung etwa pflanzlicher Öle als Motorkraftstoff „angesichts des weltweiten Hungerproblems“ ethisch zu verantworten wäre.

An verschiedenen Stellen des Kommissionspapiers (aber auch des Bischofsworts) ist im übrigen das Bemühen erkennbar, angesichts der kritischen Lage auf dem Agrarsektor von allzu einfachen Antworten loszukommen, überzogenen Forderungen an die Landwirtschaft entgegenzutreten, insgesamt „verschärfend“ zu wirken. So weisen z. B. die Bischöfe in ihrem Wort darauf hin, daß es falsch sei, den durch die Anwendung biologisch-technischer Erkenntnisse geschaffenen *Fortschritt* in der Landwirtschaft pauschal zu verurteilen, weil er Überschüsse produziere: Dieser Fortschritt habe immerhin auch dazu beigetragen, den Bauern die oft unerträglich schwere Arbeit zu erleichtern und den Mangel an Agrarerzeugnissen zu überwinden. Bei kluger Anwendung könne der biologisch-technische Fortschritt außerdem in vielen Teilen der Welt den Hunger beseitigen helfen.

In ähnlicher Weise nimmt die Kommission die Landwirtschaft in Schutz gegen allerlei Forderungen bzw. Vorwürfe, wie sie gegenwärtig diskutiert werden: So spricht man sich z. B. in der Frage der der Landwirtschaft angelasteten Grundwasserverschmutzung für „Umweltnormen mit Augenmaß“ aus: *Überzogene Forderungen* würden nicht weiterhelfen und brächten die Landwirte in der öffentlichen Kritik nur auf die Anklagebank. Auch in der Frage der Tierschutzanforderungen spricht die Kommission sich für eine sorgfältige Abwägung aller Vor- und Nachteile aus: Bewußt zu-

spitzend heißt es, dem Tierschutz helfe es wenig, wenn sich in einem Land mit strengen Auflagen aus Kostengründen die Viehställe leerten, dafür aber dort füllten, wo man sich mit besonders niedrigen Normen begnüge.

Drohende Wettbewerbsnachteile durch ausländische Konkurrenz

Auch in den Ruf nach einer umweltschonenden und tierschutzgerechten Agrarproduktion sowie nach unbelasteten Nahrungsmitteln mag die Kommission nicht ohne ein „aber“ einstimmen: Sie gibt zu bedenken, daß eine völlig rückstandsfreie Erzeugung von Nahrungsmitteln in einem Industriestaat infolge bestehender Immissionen kaum möglich sei. Die Möglichkeit, selbst feinste Spuren von Rückständen nachzuweisen, könne in der Bevölkerung zu *Überreaktionen* führen. Die bloße Feststellung von Schadstoffen sage insofern immer weniger aus über die wirkliche Belastung. Diese lasse sich nur nach den Kriterien der Naturwissenschaften anhand der jeweiligen Dosierung beurteilen. Nur so seien tatsächliche und vermeintliche Gefahren für den Menschen und die Umwelt voneinander zu unterscheiden.

Für eine differenzierte Sicht plädiert die Kommission schließlich auch im Zusammenhang mit der Diskussion um die *Futtermittelexporte aus Entwicklungsländern*: Der Vorwurf, diese Importe würden in den Entwicklungsländern die Versorgungsprobleme verschärfen, tue dem bäuerlichen Berufsstand insgesamt unrecht: Es müßten hierbei auch gesamtökonomische Aspekte berücksichtigt werden, etwa die Folgen, die eine Beendigung der EG-Einfuhren für die entsprechenden Dritte-Welt-Länder hätte. Auch im Blick auf die sich abzeichnenden neuen Möglichkeiten aufgrund der Bio- und Gentechnik spricht sich die Kommission gegen eine pauschale Ablehnung aus: Es müsse klar zwischen Pflanzenzucht einerseits und der Manipulation an der Erbsubstanz von

Tieren unterschieden werden. Vor allem scheint man die Gefahr zu sehen, die hiesige Landwirtschaft könnte durch eine allzu restriktive Haltung in dieser Frage von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt werden. Hier – wie auch in verschiedenen anderen Zusammenhängen – warnt die Kommission vor drohenden *Wettbewerbsnachteilen* für die deutsche Landwirtschaft durch die Ungleichbehandlung gegenüber ausländischer Konkurrenz gerade auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Angesichts von solchen abwägenden und in ihren Forderungen und Urteilen überaus vorsichtigen Erklärungen der Bischöfe verwundert es nicht, daß aus dem politischen Raum zum Bischofswort vorwiegend Zustimmung signalisiert wurde, auch wenn deren Bedeutung insgesamt nicht zu über-

schätzen ist. Daß umgekehrt z. B. von der *Katholischen Landjugend* am Bischofswort Kritik geäußert wurde, verwundert auch nicht. Bei der KLJB tut man sich mit der Tatsache schwer, daß die Bischöfe den Strukturwandel und dessen Rahmenbedingungen nicht in Frage stellen, sondern ihn lediglich gestalten helfen wollen. Der Konsens kann hier innerkirchlich nicht größer sein, als er gesamtgesellschaftlich ist: In dieser Hinsicht sind die beiden Ausarbeitungen der Bischöfe eben nur soviel wert, wie ihre Argumente tragen. Geteilter Meinung kann man im übrigen darüber sein, inwieweit ein wirklicher Bedarf nach einer Stellungnahme der Bischöfe zu diesen Fragen bestand, zumal sich erst vor einem Jahr das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (vgl. HK, Juni 1988, 287 ff.) zum gleichen Thema geäußert hat.

K. N.

und als mündige Bürger ihre Zukunft selbst gestalten.“

Reserven gegenüber der feministischen Theologie

In der gleichen Sitzung verabschiedete die Synode neben der DDR-Erklärung auch eine längere *Ausarbeitung zum Schwerpunktthema* „Die Gemeinschaft von Männern und Frauen in der Kirche“, die den Gliedkirchen der EKD mit der Bitte um Weitergabe an die Gemeinden, Dienste und Einrichtungen übersandt wird. Dabei wurde die entsprechende Vorlage des Vorbereitungsausschusses in weiten Teilen unverändert oder mit nur geringen Retuschen übernommen. Bei der Einbringung der Vorlage sagte *Carola Wolf*, die Pressereferentin des Deutschen Evangelischen Kirchentags, dem Vorbereitungsausschuß liege daran, daß diese Synode nicht als „Frauensynode“ in die Geschichte der EKD eingehe. „Die Gemeinschaft zwischen Männern und Frauen, die Verschiedenheiten akzeptiert und auf der Basis von Gerechtigkeit existiert, ist uns wichtig.“ Tatsächlich standen die Diskussionen über das Frauenthema auf der Synodaltagung *nicht im Zeichen harter Konfrontation*, sondern es ging recht unaufgeregt und moderat zu. Das hatte nicht zuletzt mit dem Duktus der Vorlage zu tun, die bei ihren Aussagen zum sozialen Wandel, zur Frauenbewegung und zum Verhältnis von Männern und Frauen in der Kirche zugespitzte Thesen und Forderungen durchweg vermied. Etliche Synodale kritisierten allerdings, daß der Text zu sehr die berufstätige Frau im Blick habe und es an Anerkennung für die Hausfrauen und Nur-Mütter fehlen lasse. Diesen Einwänden wurde im endgültigen Beschlußtext durch entsprechende Ergänzungen Rechnung getragen: Es entspreche dem biblischen Zeugnis, „wenn Frauen sich bewußt für die Rolle der Mutter entscheiden oder die Versorgung der Familie als ihre Lebensaufgabe begreifen. Ihm entspricht ebenso, wenn Frauen Berufstätigkeit und Familie verbinden wollen oder im Beruf einen wichtigen Teil ihrer Lebensaufgabe begreifen.“

EKD-Synode: Die Kirche und die Frauen

Das offizielle, von langer Hand vorbereitete Schwerpunktthema der diesjährigen Tagung der EKD-Synode, die vom 5. bis 10. November in Bad Krozingen stattfand, hieß: „Die Gemeinschaft von Männern und Frauen in der Kirche“. Dazu kam allerdings unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse ein zweites inoffizielles Schwerpunktthema, das viele Gespräche und Begegnungen während der Synodaltagung bestimmte: die dramatische Entwicklung in der DDR und ihre Auswirkungen auf die evangelische Kirche in beiden deutschen Staaten. Die Synode konnte mit den Ereignissen nur mühsam Schritt halten. Kaum hatte sie am Nachmittag des 9. November einen Beschluß zur Lage in der DDR gefaßt, wurde die innerdeutsche Grenze geöffnet. Der Ratsvorsitzende der EKD, der Westberliner Bischof *Martin Kruse*, nahm dazu in der letzten Plenarsitzung am Freitagvormittag Stellung: „Die Türen haben sich geöffnet, sie werden nicht wieder geschlossen werden können. Das, was uns aber mit Dankbarkeit gegen Gott in beson-

derer Weise erfüllt, ist die Art und Weise, wie das geschehen ist – ohne Gewalt, durch das Gebet vieler Christen durch Jahre hindurch.“

Die Erklärung der Synode zur Entwicklung in der DDR hebt vor allem den Beitrag der evangelischen Kirche im Vorfeld des jetzigen politischen Wandels (vgl. ds. Heft, S. 556) hervor: „Wir sehen ihren Mut und ihre Bereitschaft, die Last der Mitverantwortung auf sich zu nehmen und offen auszusprechen, was dort bisher kein anderer tun konnte.“ Es wird betont, daß es das Recht aller Deutschen auch in der DDR sei, ihren Weg in eine bessere Zukunft selbst zu bestimmen und zu gestalten; nicht spekulative Erwartungen, sondern „ihre Bedürfnisse und Wünsche sind für unsere Reaktion auf die Entwicklung maßgeblich“. Zurückhaltend-vorsichtig ist die Zielvorgabe der Erklärung für den Wandel in der DDR ausgefallen: „Den jetzigen Veränderungsprozeß begleiten wir in der Hoffnung, daß es gelingt, rechtsstaatliche Verhältnisse zu schaffen, in denen die Menschen vertrauensvoll